

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

63. Sitzung
19. Januar 2026

Beginn: 09.34 Uhr
Schluss: 12.34 Uhr
Vorsitz: Hendrikje Klein (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|---|
| a) | Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2822
Gesetz zum Erhalt von Kleingartenanlagen auf
landeseigenen Flächen in Berlin
(Kleingartenflächensicherungsgesetz – KgFSG) | 0395
StadtWohn
UK(f) |
| b) | Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0543
Kleingartenflächensicherungsgesetz Berlin –
Kleingartenkultur und Erholungsraum erhalten! | 0124
StadtWohn(f)
UK* |
| c) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Drucksache 19/0986
Rechtlichen Rahmen für ein
Kleingartenflächensicherungsgesetz prüfen | 0125
StadtWohn(f)
UK* |
| d) | Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2473
Gesetz zur Sicherung der Kleingartenflächen Berlin | 0356
StadtWohn
UK(f) |

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Hendrikje Klein: Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | |
|--|-----------------------------------|
| Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Schulbauoffensive – klimagerecht und mit
nachhaltigen Rohstoffen bauen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0097
StadtWohn |
|--|-----------------------------------|

Dazu begrüße ich Frau Schich und Frau Schuster von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. Die Begründung kann schon mal durch die Grünenfraktion erfolgen. – Herr Otto, bitte schön!

Andreas Otto (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte mich auch beim Senat bedanken. Sie haben uns vorab eine kleine Präsentation zukommen lassen und werden die sicherlich auch noch vorstellen. Da haben wir schon ein paar Anhaltspunkte, um was es hier gehen kann. Aber lassen Sie mich vielleicht noch zwei grundsätzliche Sätze sagen. Wir haben als Land Berlin seit 2016 erkannt und zu realisieren versucht, dass wir beim Bauen mehr für die Ressourcenschonung und den Klimaschutz tun müssen. Jetzt kann man langsam sehen, dass ein paar Sachen auch ganz gut funktionieren. Trotzdem ist es natürlich so – das sind jetzt zwei Legislaturperioden, wenn man mal davon ausgeht, dass diese sich dem Ende nähert –:

Was haben wir geschafft, was ist eigentlich die Zwischenbilanz, und wo wollen wir noch hin? Das würde ich gerne mit Ihnen diskutieren, Herr Senator.

Sie haben in der Präsentation Beispiele: die Turnhallen aus Holz, die Holzergänzungsbauten, auch ein paar Schulen. Das ist ein guter Anfang. Aber wenn man sieht, was in Berlin insgesamt auf der Strecke passiert, dann ist das ein sehr kleiner einstelliger Prozentsatz an Bauvorhaben, die stärker auf Nachhaltigkeit, auf Energieeinsparung, auf so etwas wie natürliche Baustoffe setzen. Wir sind da noch sehr am Anfang, auch wenn man in so einer Zusammenstellung sicherlich mal ein Lob aussprechen muss. Das ist beim Wohnungsbau so, aber es ist eben auch bei den Schulen so. Warum ist das beim Schulbau eigentlich besonders wichtig? Das ist deshalb so, weil alle, die schon mal in einer Holzbauschule gewesen sind oder da den Unterricht besuchen oder durchführen, sich da sehr wohl fühlen. Die fühlen sich da sehr wohl. Das ist nicht nur ein technisches, akademisches Thema, sondern da geht es tatsächlich darum, dass wir Gebäude errichten, in denen sich die Menschen wohlfühlen, besser lernen und vielleicht auch verinnerlichen, als Lernprozess, dass sich so etwas lohnt. Deswegen ist es so wichtig, dass wir da beim Schulbau als Land Berlin – es gibt ja nicht viele andere Player neben der Senatsverwaltung, den Bezirke und der HOWOGE, die im Land Berlin Schulen bauen – noch stärker darauf drängen, dass da mehr passiert.

Das ist meine Frage, die ich hier einfach mal so in den Raum stelle: Herr Senator, wie bewerten Sie die bisherigen Erfolge? Was werden Sie tun, damit wir zum Beispiel 90 Prozent der Schulen mit Holz bauen? Was werden Sie dafür tun, dass wir auch mit anderen natürlichen Baustoffen arbeiten? Was werden Sie dafür tun, dass die Schulen energietechnisch mit Erdwärme versorgt werden und wir kein Gas mehr verbrennen? All das sind Fragen, die in die Zukunft reichen. Wir wollen ein bisschen über die Bilanz sprechen. Das muss man tun. Man muss auch gucken, was gut gelaufen ist. Aber wie geht es in der Zukunft weiter? Das ist die große Frage hier im Raum. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Hendrikje Klein: Vielen Dank, Herr Otto. Es wurde eine Präsentation erwähnt.

Senator Christian Gaebler (SenStadt): Genau.

Vorsitzende Hendrikje Klein: Dann bitte schön, Herr Senator!

Senator Christian Gaebler (SenStadt): Vielen Dank! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben eine Kurzpräsentation als Übersicht. Wir hatten die auch schon verschickt, weil der Punkt letztes Mal vertagt worden ist.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben hier für den Bau mit nachhaltigen Rohstoffen vier Bauprogramme, einmal modulare Kitabauten, dann die Typensporthallen, die HOMEB Ergänzungsbauten und die Holz-Compartmentschulen. Es gibt vier Einzelbauvorhaben, nämlich drei Modellvorhaben in Holzbauweise und das Werkstattgebäude der Konrad-Zuse-Schule. Wir setzten in der Abteilung Hochbau innerhalb der Schulbauoffensive Neubauten von Schulen, Sporthallen und Schuler-gänzungsbauten um, überwiegend in Holzbauweise beziehungsweise Holzhybridbauweise. Es gibt jetzt 89 Standorte, an denen Vorhaben schon errichtet wurden oder errichtet werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier ein Beispiel für das Einsparpotenzial: 1 m³ Holz bindet über die gesamte Nutzungsdauer des Projektes eine Tonne CO₂. Ein Schulbau für 625 Schüler und Schülerinnen in Holzbauweise benötigt circa 5 000 m³ Holz, das wäre eine ISS plus Sporthalle aus dem aktuellen HOCOMP-Programm als Beispiel. Damit können 5 000 Tonnen CO₂ gebunden und im Vergleich zum konventionellen Bau rund 40 Prozent CO₂ eingespart werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann auch noch mal das Thema Kreislaufwirtschaft: Für ressourcenschonendes Bauen kommt der Rückbaufähigkeit und der Wiederverwendbarkeit von Baustoffen oder ganzer Bauteile und damit auch der Vermeidung von Abfall eine besondere Bedeutung zu. Das wird im Planungsprozess in Form eines Rückbaukonzepts bereits berücksichtigt. Das ist auch im Leistungsblatt 35 der Verwaltungsvorschrift VwVBU – die umweltfreundliche Beschaffungsrichtlinie ist das, wenn ich es mal so ausdrücken darf –, da wird das auch mit berücksichtigt. Die modulare Holzbauweise ermöglicht eine unkomplizierte, sparsame Demontage und dann eben auch eine weitere Verwendung.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier sieht man mal, was dazu alles an Einzelpunkten gehört. Neben der Konstruktion des Gebäudes sind auch die Gebäudehüllen und die Freiflächen Bereiche, in denen klimagerechte und nachhaltige Maßnahmen umgesetzt werden, hier am Beispiel der ISS Landsberger Straße in Marzahn-Hellersdorf. Das ist übrigens auch ein Bauvorhaben, was in Rekordzeit erstellt wurde. Ich glaube, wir hatten an der Stelle 15 Monate Bauzeit. Man sieht auch, dass man mit diesen Materialien sehr schnell bauen kann, auch wenn das hier noch ein Hybrid ist, weil wir einen Kern aus Beton haben, also die Treppenhäuser sind aus Beton. Das hat jetzt eher brandschutztechnische Gründe, weil das das Ganze einfacher macht. Das tut dem Ganzen aber keinen Abbruch, weil eben der größte Teil aus Holz ist und dann die entsprechenden eben schon genannten Anforderungen auch erfüllt. Für die Herstellung der Bodenbetonplatte wird 50 Prozent Recyclingbeton genutzt. Alle Dachflächen erhalten eine extensive Dachbegrünung und werden mit Photovoltaikanlagen ausgestattet. Gegen Überhitzung erhalten die Räume auch Außenjalousien als Verschattungsmöglichkeiten. Ein größtmöglicher Teil der Flächen wird mit klimaresilienten Bäumen und Sträuchern bepflanzt. Freiflächen werden entsiegelt beziehungsweise mit versickerungsfähigen Befestigungen hergestellt. Zur Regenwasserbewirtschaftung werden Regenwasserrigolen vorgesehen, um das Regenwasser dann auch zur Bewässerung der Pflanzungen zu nutzen. Gegen sommerliche Aufheizung der Flächen kommen helle Oberflächenbeläge zur Anwendung. Man sieht also, es ist ein Gesamtkonzept mit vielen einzelnen Bausteinen, die dann auch klimagerecht und nachhaltig wirken.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Jetzt noch zur letzten Folie, die Frage der Standards, der Zertifizierungen. Die BNP-Zertifizierung Silber ist seit dem 1. Januar 2020 für Neubauten ab 10 Millionen Euro Gesamtbaukosten verbindlich. Bereits 40 Vorhaben sind entsprechend zertifiziert worden. Bei der Inanspruchnahme der KfW-Förderung für klimafreundlichen Neubau in Kommunen für Nichtwohngebäude brauchen wir eine Zertifizierung nach dem Qualitätssiegel für Nachhaltige Gebäude. Das sind 25 Vorhaben. Zudem wird bei diversen aktuellen Vorhaben der

Schulbauoffensive auch der Energieeffizienzstandard EG 40 realisiert, bei 35 Vorhaben. Insofern sehen Sie hier, dass wir da auf gutem Wege sind und das auch weiter vorantreiben wollen. Das vielleicht zur Einführung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Hendrikje Klein: Vielen Dank! – Bitte schön.

Louis Krüger (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende und Herr Gaebler für die Präsentation! Ich komme eigentlich aus einem anderen Ausschuss, wo die Debatte auch geführt wird, aber aus einer anderen Perspektive, aus der schulfachlichen. Deswegen ist es umso spannender, hier auch einmal aus der anderen Perspektive darauf zu schauen. Ich habe mich gemeldet, weil es immer wieder die Debatte um die Standards beim Schulbau gibt, die letztes Jahr sehr intensiv geführt wurde und durchaus auch zu unterschiedlichen Einschätzungen innerhalb des Senats geführt hat. Zumindest wurde das öffentlich so berichtet.

Jetzt gibt es diese Hauptausschussvorlage 2402, wo über die Evaluation des Leitfadens zum Neubau von Schulen berichtet wurde, wo auch verschiedene Standards oder Fragen im Zusammenhang mit dem klimafreundlichen Bauen thematisiert wurden. Da gibt es jetzt die eine Einsparmaßnahme Verzicht auf intensive Dachbegrünung und Beschränkung auf extensive Dachbegrünung. Das ist zumindest das, was ich gefunden habe. Viele andere Vorhaben zur Reduktion vom klimagerechten Bauen, wurden, so wie ich es lese, abschlägig beschieden. Trotzdem einmal die Frage: Bleibt es dann dabei? Ich lese hier so etwas wie Verzicht auf BNB-Zertifizierung, dass das jetzt nicht kommen soll. Ist das abschließend? In Richtung Koalition gefragt: Es werden in dem Bericht auch einige Änderungen vorgeschlagen, die landesrechtlicher Veränderungen bedürften, also gesetzlicher Natur. Da die Frage: Ist da seitens der Koalition geplant, an dieser Stelle Abschwächungen vorzunehmen, um, was das klimafreundliche Bauen angeht, Einsparungen vorzunehmen?

Vorsitzende Hendrikje Klein: Vielen Dank! – Herr Dr. Kollatz, bitte schön!

Dr. Matthias Kollatz (SPD): Danke schön, Frau Vorsitzende und Danke schön für den Bericht. Was mir nicht so ganz klar ist, ist, was Herr Otto in seinem einführenden Redebeitrag gemeint hat, als er von einem einstelligen Prozentsatz geredet hat. Das würde mich jetzt noch mal interessieren, denn auch in der Präsentation vom Senat kann ich den einstelligen Prozentsatz nicht identifizieren. Das muss ich ehrlicherweise zugeben. Die Zielsetzung als das Ganze mit der Schulbauoffensive gestartet worden ist, war auf jeden Fall, über einen einstelligen Prozentsatz hinauszukommen. Das war völlig klar. Insofern interessiert mich das noch mal, wo Sie den einstelligen Prozentsatz sehen und vielleicht auch, wie das die Senatsseite sieht. Denn was natürlich wichtig ist: Wenn man mal bestimmte Sachen ausprobiert hat, war eine der Grundideen beim Holzbau immer, sie zu vervielfältigen. Das zeigt schon vom Konzept her, dass es dabei nicht um einen einstelligen Prozentsatz geht. Die ersten Maßnahmen, die fertig geworden sind, waren dann Grundschulen, und da hieß es immer: Grundschulen im Serienbau.

Was richtig ist, ist, weil es auch vielfach Neuland war, dass man irgendwo anfangen musste. Aber mich interessiert schon sehr, ob sich das mit dem einstelligen Prozentsatz erhärtet oder ob wir bei irgendetwas anderem landen. Ich vermute, dass wir bei etwas anderem landen, denn sonst kann ich mir zumindest das in der Präsentation mit den 89 Standorten nicht erklären. Wenn nämlich 89 Standorte ein einstelliger Prozentsatz wären, müssten es über

890 Standorte sein. So viele Schulstandorte haben wir in Berlin gar nicht. Deswegen vermute ich, dass wir ganz deutlich woanders landen. Aber mich interessiert da eine Zahl, und wenn wir die heute nicht bekommen können, dann wünsche ich mir, dass wir die auch bekommen.

Die zweite Frage, die daran ein Stück weit anschließt: Wie schätzen Sie die Vervielfältigungsfähigkeit ein? Das spielt dann auch ein bisschen in die Standardfrage rein, die von Ihnen eben angesprochen worden ist. Natürlich ist es so: Wenn wir ein Konzept haben, das wir als gut befinden, dann ist es auch gut, wenn wir nicht nur am Anfang mal drei Grundschulen so bauen, sondern dann kann man auch noch ein paar mehr bauen. Dasselbe gilt natürlich auch für die Konzepte. Sie haben das auf einer Folie. Ich weiß jetzt gar nicht mehr genau, welche Nummer, welche Seite es war. – Ah, es ist die Seite vier, nein, die Seite drei. Da haben Sie verschiedene Typen, und da würde mich noch mal interessieren: Sie haben gesagt, vier Bauprogramme und vier Einzelbauvorhaben. Bei den Bauprogramm ist wahrscheinlich die Frage der Vervielfältigbarkeit beantwortet, aber wie ist es bei den Einzelbauvorhaben? Ergeben sich daraus auch noch Vervielfältigungsfähigkeiten?

Die größte Vervielfältigungsfähigkeit haben Sie hier auf jeden Fall im Bericht mit den Typen-Sporthallen vermeldet. Da ist dann natürlich auch die Frage, bei den Typen-Sporthallen: Wenn Sie 34 davon haben, wird es auch wieder kein einstelliger Prozentsatz sein. Zumindest die, die ich mir in Schöneberg angeguckt haben, deutet darauf hin, dass es da nicht einstellig ist. Dann würden mich zum Beispiel bei so etwas wie den Typen-Sporthallen auch die grundsätzlichen Anteile interessieren: Was wird in Zukunft so gebaut, und was wird in Zukunft konventionell gebaut? – Danke!

Vorsitzende Hendrikje Klein: Vielen Dank! – Herr Laatsch, bitte schön!

Harald Laatsch (AfD): Danke, Frau Vorsitzende! – Meine Frage an den Senat ist: Sind diese Gebäude dann klimatisiert? Denn es gibt ja keine bessere Verbindung als Photovoltaik und Klima, während das bei Wärmepumpen überhaupt nicht funktioniert. Im Winter gibt es keine Sonnenenergie. – [Zuruf von Dr. Michael Efler (LINKE)] – Ja, natürlich bin ich beim Klimaschutz, Herr Dr. Efler; immer, wenn es Sinn macht. Während es mit der Wärmepumpe bei Photovoltaik überhaupt nicht funktioniert, funktioniert es bei der Klimatisierung hervorragend. Das gilt natürlich auch für jede andere Bauweise, nicht nur beim Holzbau. Aber warum nicht? Beim Holzbau wird man ja in 30, 40 Jahren sehen, ob das sinnvoll war.

Herr Dr. Kollatz! Ich wollte noch sagen, bei 89 Prozent gleich 1 Prozent sind es nicht 890, sondern 8 900. Es ist noch viel schlimmer, als Sie vermutet haben. – Danke!

Vorsitzende Hendrikje Klein: Herr Dr. Efler bitte!

Dr. Michael Efler (LINKE): Besten Dank! – Klimagerechtes Bauen ist total richtig, total notwendig. Das ist ein sinnvolles, wichtiges Thema, übrigens nicht nur bei Schulen, sondern generell bei Baumaßnahmen. Bei Schulen gibt es natürlich besonders wichtige Effekte, auch Bildungseffekte, die man nicht vernachlässigen darf. Was man vielleicht noch mal sagen muss, warum es so wichtig ist: Standardmäßig bauen wir natürlich mit Beton, und die Zementherstellung ist wahrscheinlich einer der am schwersten zu dekarbonisierenden Prozesse überhaupt, ähnlich wie die Stahlerzeugung. Deswegen ist da alles, was wir alternativ machen können, total hilfreich und gut, und wenn der Senat da schon einiges macht, umso besser.

Ich habe gleich auch noch ein paar Fragen dazu, will aber vorher noch das Thema um den Aspekt Solaranlagen auf Schulen erweitern. Ich denke, das ist auch noch mal ein ganz zentraler Punkt, wo wir sehr schnell entsprechende Effekte erzielen können. Da haben wir auch immer bessere Fortschritte, aber es gibt immer noch Schulen, auch neu gebaute Schulen, auf denen zum Teil keine Solaranlagen drauf sind, wo immer nur – wie heißt das? – PV-ready gebaut wird, irgendetwas vorgerüstet wird, und dann dauert es einfach erst mal, bis da irgendwas passiert. Ich finde, das muss noch schneller und besser werden. Vor allem bei den Bestandschulen gibt es noch sehr viel Potenzial für Solaranlagen, wenn das Dach das hergibt. Das ist in den allermeisten Fällen der Fall.

Frage jetzt an den Senat: Gibt es eigentlich neben dem Holzbau auch andere nachwachsende Rohstoffe, mit denen Schulen oder auch andere Bauten gebaut werden? Es gibt auch Leute, die mir ständig etwas zu Hanfbau und so weiter schicken, dass das eine ganz tolle Zukunftsoption wäre. Es würde mich interessieren, ob da schon Erfahrungen mit anderen Formen nachwachsender Rohstoffe bestehen. Und dann vielleicht ein bisschen ähnlich wie bei Herrn Kollatz die Frage der Verbreitung und Vervielfältigung von diesen Dingen, inwieweit hier möglicherweise allgemeine Vorgaben, vielleicht sogar gesetzliche Vorgaben sinnvoll wären. Wir haben im Klimaschutz ein Energiewendegesetz, da haben wir gesetzliche Vorgaben für Energiestandards, für Solaranlagen, für andere Dinge. Aber wir haben, soweit ich weiß, keine Vorgaben für nachwachsende Rohstoffe, für den Holzbau. Wäre das nicht eine Variante, die man zumindest mal prüfen könnte, ob man so etwas gesetzlich vorgibt, zumindest für Neubauten, aber vielleicht auch bei entsprechenden Sanierungen, hier einen Anteil an Holzbau und anderen nachwachsende Rohstoffen vorzugeben?

Vorsitzende Hendrikje Klein: Vielen Dank! – Herr Otto!

Andreas Otto (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich freue mich, dass es so eine lebhaft Diskussion gibt. Zu der Frage der Prozentrechnung: Ich danke für die Nachfrage, sodass ich das noch mal ausführen kann. Ich habe darüber gesprochen, dass diese Schulbausache eine initiale Geschichte für alles andere ist und habe dann gesagt: insgesamt, bei dem was in Berlin gebaut wird – also Verwaltungsgebäude, Gewerbegebäude, Wohngebäude –, ist das nachhaltige Bauen, zum Beispiel mit Holz oder auch anderen Sachen, im einstelligen Prozentsatz, also der große Rahmen. Wie viel Prozent der Schulen, das wird Herr Gaebler uns erzählen, das weiß ich gar nicht. Deswegen will ich da auch nicht spekulieren. Der große Rahmen, denn – auch das hatte ich ausgeführt –, das ist auch eine Werbung dafür. Das soll den Leuten zeigen auch: so etwas geht. Das soll den Leuten auch zeigen, wie das aussieht. Deswegen, glaube ich, ist es noch mal richtig.

Herr Senator! Sie haben bei Ihrem Statement noch nicht so sehr in die Zukunft geblickt. Finden Sie das alles gut? Finden Sie das richtig? Finden Sie, dass es von der Menge her genau passfähig ist, oder sind Sie traurig wie ich, weil es noch viel mehr sein könnte? Haben Sie sich entschlossen, dass in den nächsten fünf Jahren alle Schulen aus Holz sind? Das wäre ja auch eine mögliche Schlussfolgerung, könnte man sagen. Wie denken Sie da? Was plant der Senat? Wie ist da Ihr Vorgehen? Oder sagen Sie: Schön, dass wir das mal ausprobiert haben, aber jetzt ist auch gut. Das diskutieren ja Menschen. Deswegen würde ich da gerne noch mal so eine Positionsbestimmung zu dem Thema haben.

Zu dem Thema was jetzt auch Herr Dr. Efler angesprochen hat, wie es dort eigentlich mit anderen Sachen aussieht: Wir haben neulich mal dieses Modellvorhaben im Wohnungsbau von der STADT UND LAND besichtigt, mit Lehm und Strohwänden gebaut, total interessant. Das kann man auch bei der Schule ausprobieren. Da würde ich mir auch wünschen, dass es so Synergieeffekte gibt, wie man das auf Neudeutsch ausdrückt. Also die STADT UND LAND baut jetzt etwas, aber die baut ja keine Schulen, die baut nur Wohnungen. Da wird es jetzt ausprobiert, aber die HOWOGE baut nicht solche Wohnungen. Wie kommen jetzt neue Techniken – davon sprechen wir in dem Fall – eigentlich in Ihren Schulbau? Das ist die Frage. Gibt es da eine große Strategie des Senats von Berlin, wie wir zukünftig mehr nachhaltig bauen wollen? Das ist die Frage, die hier im Raum steht.

Vorsitzende Hendrikje Klein: Danke, Herr Otto! – Frau Dr. Lasic, bitte schön!

Dr. Maja Lasić (SPD): Vielen Dank! – Ich glaube, es ist schon wichtig, hier noch einmal den Gesamtkontext der Schulbauoffensive zu umreißen, und die unterschiedlichen Rollen, die die jeweiligen Häuser im Zusammenhang mit der Schulbauoffensive haben. SenStadt ist für einen extrem relevanten Teil der Schulbauoffensive zuständig, aber auch nicht für alles, und dementsprechend sind auch nicht alle Fragen hier zu adressieren, sondern müssen gegebenenfalls in Teilen durch die Bezirke beantwortet werden oder durch die federführende Senatsverwaltung, an der Stelle SenBJF. Das betrifft zum Beispiel auch die Frage der Solardächer et cetera, auch den prozentualen Anteil. Ich glaube, dass SenStadt an der Stelle sehr vorbildlich ist, was den Prozentanteil an Holzbauten anbetrifft. Das trifft aber nicht auf sämtliche Maßnahmen in der Breite zu, die jeweils in einer anderen Zuständigkeit sind.

Eingehen wollte ich vor allen Dingen auf die Debatte rund um die Senkung der Standards, und dann will ich den Gesamtkontext adressieren. Das müsste den Schulpolitikern hier präsenter sein, als denen, die nur im Ausschuss für Stadtentwicklung sind. Wir sprechen hier über die Endlichkeit des Geldes, und die absolute Priorität Nummer eins ist die Anzahl der Plätze, die wir zu schaffen haben. Das ist immer noch die Priorität Nummer eins, und das heißt, wenn wir die Schaffung von Plätzen im Mittelpunkt haben, muss man die Debatte um die Senkung der Standards führen. Da können wir nicht zwischen den Debatten in SenStadt und in SenBJF trennen und einfach im Bereich Bildung die pädagogischen Standards schützen, und dann wechseln wir zu SenStadt und schützen die Klimastandards. Man muss sich vielmehr dem Gesamtkonstrukt stellen und dann die jeweilige Abwägung vornehmen, wie man es in der Gesamtheit betrachtet. Es wird nie ein Schwarz-Weiß geben. Wir können das sowieso nicht als Koalitionsparteien, ich erwarte das aber ehrlicherweise auch von Ihnen. Das heißt, wenn wir den Raum wechseln, müssen wir uns trotzdem einer allumfassenden Debatte stellen. Wir würden die Debatte anders führen, wenn wir gerade im Ausschuss für Bildung wären, dann wären die pädagogischen Standards im Mittelpunkt. Hier sind es gerade die Klimastandards. Wir werden aber irgendwo ein Gesamtkonstrukt machen müssen.

Das ist auch meine Antwort, was den Bereich Solar betrifft. Hätten wir uns, was die Solardächer betrifft, von der Landesebene pauschal für eine flächendeckende Versorgung aus den Schulbauoffensivemitteln entschieden, müssten wir das aus den Gesamtmitteln des Landes stemmen, und das würde ganz klar auf Kosten der Schaffung von Schulplätzen gehen. Es wird PV-ready gemacht. Jedem Bezirk steht es frei, die PV-Anlagen auf die Dächer zu packen. Aber wenn der Bezirk sich dafür entscheidet, lieber den Keller zu sanieren anstatt das Solardach zu machen, liegt es im Rahmen seiner Zuständigkeit. Wir kommen nicht umhin, dass es

am Ende die bezirkliche Zuständigkeit ist, wo das Land hilft, weitestgehend hilft, aber am Ende sind die Bezirke die Schulträger, die hier an verschiedenen Stellen die Entscheidung treffen. Die Debatte wird Ihnen hier nicht schmecken, aber wenn es um die Abwägung geht, wie man die Mittel jeweils nutzt, muss am Ende klar sein, dass wir hier eine Mangelwirtschaft betreiben und erst mal dafür sorgen müssen, dass sich die Frequenzen in unseren Klassen reduzieren, von 28, wo sie jetzt an vielen Stellen sind, runter auf einen vertretbaren Rahmen. Das geht nur, indem man in einer hohen Geschwindigkeit und standardisiert baut.

Vorsitzende Hendrikje Klein: Vielen Dank! – Herr Senator, bitte.

Senator Christian Gaebler (SenStadt): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielleicht an den letzten Punkt anknüpfend: Wir machen es jetzt schon bei einzelnen Vorhaben, dass die PV-Anlagen mit eingerichtet werden. Aber Frau Lasić hat völlig recht: Das geht dann zulasten der Schulbauoffensive. Eigentlich ist es aber Aufgabe der Bezirke, die technische Ausrüstung in einigen Punkten entsprechend nachzubessern. – [Zuruf Andreas Otto (GRÜNE): Es gibt eine gesetzliche Verpflichtung.] – Ja, für den Betreiber.

Vorsitzende Hendrikje Klein: Keine Zwiegespräche bitte!

Senator Christian Gaebler (SenStadt): Also, wir bauen ein Schulgebäude. Wie gesagt, wir sind jetzt auch schon dabei, die PV-Anlagen teilweise gleich mit einzubauen. Das ist aber tatsächlich eine Budgetfrage, wer das am Ende finanziert, und das kann der Haushaltsgesetzgeber auch anders entscheiden.

Extensive statt intensive Dachbegrünung: Das hängt auch an der PV-Thematik. Bei einer intensiven Dachbegrünung habe ich einen Konflikt mit den PV-Anlagen. Allein daraus muss man schon sehen, dass man das auch zusammenbringen muss. Im Übrigen haben wir uns mit der Schulverwaltung bezüglich der Standards im Schulbau eher über Flächenfragen und Maximalvorgaben auseinandergesetzt, weil wir festgestellt haben, dass wir mit Mindestgrößen, die null Flexibilität haben, Schwierigkeiten haben, noch geeignete Flächen zu finden, auf denen wir das bauen können. Da geht es jetzt gar nicht darum, das deutlich runterzuschrauben. Es geht einfach darum, in der Gesamtrechnung vielleicht irgendwo mal 2 m² weniger als Durchschnittsfläche zu haben, um etwas passgenau – auch vor dem Hintergrund flächensparendes Bauen – realisieren zu können, ohne dass es große Abstriche für das pädagogische Konzept gibt. Da sind wir jetzt, glaube ich, auch zu guten Lösungen gekommen, die nicht zulasten der Lerninfrastruktur oder Ähnlichem gehen, die aber das Bauen am Ende effizienter machen und vor allen Dingen, wie gesagt, Spielräume lassen, den Flächenverbrauch nicht zu sehr ausufern zu lassen. Eine Reduzierung gesetzlicher Standards sehe ich an der Stelle nicht.

Bei der BNB-Sache: Wir verzichten einfach auf die Zertifizierungen, weil die Geld kosten. Wir halten die Standards aber ein. Das ist das Geheimnis dahinter. Es werden keine Abstriche an den Standards gemacht, aber wir holen uns nicht jedes Mal eine Zertifizierung, die auch noch Geld kostet, denn wir müssen unsere eigenen Gebäude nicht zertifizieren, wenn wir die Standards selbst freiwillig einhalten und das auch für uns bestätigen können. Bei der Schulbauoffensive muss man grundsätzlich unterscheiden: Bei der BSO II sind die Maßnahmen tatsächlich noch in Beton gewesen. Die ist fast abgeschlossen. Das waren aber auch nur 21 Maßnahmen. Bei der BSO I hatten wir sieben Maßnahmen in Beton und drei Maßnahmen in Holz, und aktuell: Von den 89 Maßnahmen, die wir hier geschildert haben, sind alle in

Holz. Die Perspektive habe ich damit insofern schon angedeutet. Wir machen eigentlich nur noch Holz oder Holzhybrid, mit dem Hinweis, den ich vorhin schon gegeben habe.

Die Übertragbarkeit vom Wohnungsbau auf die Schulen ist nicht ganz so einfach. Ich habe vorhin gesagt, dass wir hier Modulbauten haben und ein Typenbausystem. Das ist mit Hanflehnm nicht ganz so trivial umzusetzen, wie mit Holz. Insofern wird das sicherlich auch weiterhin untersucht, wie man das einbinden kann.

Da Sie gerade auch über die Vervielfältigung gesprochen haben: Die Vervielfältigung ist schon da. Wir haben die Typenbaumethode, wir haben die Tranchen. Wir müssen nur ab einer bestimmten Größenordnung immer wieder neu ausschreiben, aus vergaberechtlichen Gründen. Ansonsten ist die Vervielfältigung auf jeden Fall möglich und gegeben. Wir brauchen eigentlich auch keine gesetzlichen Vorgaben, denn Sie geben uns als Haushaltsgesetzgeber schon Vorgaben, wie zu bauen ist. Im Rahmen der Schulbauoffensive ist das auch vorgesehen. Dass sich das Land Berlin und die öffentlichen Bauherren jetzt per Gesetz noch zusätzlich binden müssen, was sie in Eigenregie bauen: kann man machen, ist an der Stelle aber vielleicht nicht unbedingt das vordringliche Thema. Jetzt gucke ich mal, haben wir noch irgendwas? – Das war es eigentlich, oder haben wir etwas vergessen?

Harald Laatsch (AfD): Ja.

Vorsitzende Hendrikje Klein: Nein, Stopp! Ich vergebe das Wort! – Herr Dr. Efler, bitte schön!

Dr. Michael Efler (LINKE): Danke! – Na ja, Herr Gaebler, in anderen Bereichen haben wir auch gesetzliche Vorgaben, auch was die öffentlichen Gebäude angeht. Aber ich wollte mich noch mal zu Frau Lasić melden. Der Wortbeitrag hat mich jetzt doch ein wenig provoziert. Diese Debatte, was da so ein bisschen dahinter steht, dass möglicherweise Klima- oder Energiestandards Schulplätze gefährden, so haben Sie es, glaube ich, beschrieben, finde ich schon interessant. Da würde mich mal interessieren, ob es tatsächlich belastbare Daten darüber gibt. Ich kenne die nicht. Ich kenne ein Gesetzesvorhaben dieser Koalition, um Energiestandards zu senken, das so schlecht begründet ist wie kein anderes Gesetzesvorhaben, was ich je gelesen habe, nämlich gar nicht. Aber wenn Sie da etwas haben, dann gerne her damit.

Ich möchte darauf hinweisen, dass sich jede Photovoltaikanlage innerhalb von acht bis zehn Jahren amortisiert, bei Schulen sogar schneller, weil wirklich sehr viel Strom im Gebäude verbraucht wird. Und was die Energiestandards angeht, haben wir eigentlich auch positive Effekte, auch eine relativ schnelle Refinanzierung. Von daher ist es relativ kurzfristig, wenn man da, nur um bei der Investition etwas Geld zu sparen, wenige Jahre später draufzahlt, da man halt bei den Energiestandards nicht besser wird. Aber wenn Sie da belastbare Daten haben, dann können Sie uns gerne damit versorgen, dann kann man sich das mal ansehen. Ansonsten kann ich nur davor warnen, dass wir Energiestandards oder Klimastandards bei Schulen senken.

Vorsitzende Hendrikje Klein: Herr Gaebler möchte gerne die Frage von Herrn Laatsch beantworten.

Senator Christian Gaebler (SenStadt): Mir ist wieder eingefallen, was Sie gefragt hatten, Entschuldigung! Sie hatten nach der Klimatisierung von Schulen gefragt. Pardon, das hatte ich tatsächlich vergessen. Die Compartmentschulen in Holzbauweise werden klimatisiert, die Sporthallen und die Zwei-in-eins-Schulen nicht. – Entschuldigung, die Zwei-in-eins-Schulen auch, die Ergänzungsbauten nicht. Die Ergänzungsbauten werden nicht klimatisiert, die Zwei-in-eins-Schulen und die Compartmentschulen in Holzbauweise werden klimatisiert, die Typen-Sporthallen werden nicht klimatisiert.

Herr Efler! Ich hatte Frau Lasić anders verstanden. Sie hatte darauf hingewiesen, dass ich ein Budget für den Schulbau habe, und wenn dieses Budget ausgeschöpft ist, kann ich keine weiteren Schulen bauen, nicht mehr und nicht weniger. Das heißt, ich muss dann einfach mehr Geld da rein geben. Deshalb habe ich auch gesagt: Das ist am Ende eine Frage des Haushaltsgesetzgebers, wie viel Geld er dafür bereitstellt.

Vorsitzende Hendrikje Klein: Frau Dr. Lasić!

Dr. Maja Lasić (SPD): Ja, wenn mir hier Worte in den Mund gelegt werden, würde ich schon gerne dazu ausführen. Es gibt einen Unterschied zwischen einer langfristigen Sinnhaftigkeit von Einzelmaßnahmen und der Herangehensweise, wie wir nun mal an die Schuloffensive herangehen müssen, und zwar müssen wir jetzt sozusagen in Jahrescheiben die Mittel verteilen, die uns aktuell zur Verfügung stehen. Das ist die Logik, und der Logik sind wir auch gemeinsam gefolgt, als wir gemeinsam regiert haben. Das heißt, wir haben zugesehen: wie bekomme ich möglichst viele Schulplätze? –, denn das ist es, was uns gerade auf der Seele brennt. Wie bekomme ich möglichst viele Schulplätze möglichst sofort umgesetzt? Das heißt, ich stelle nicht die Sinnhaftigkeit langfristig infrage. Ich sage einfach nur: Ich habe gerade das Geld aus der Schulbauoffensive, und wenn ich mich entscheiden muss, benutze ich das jetzt für die Photovoltaik oder dafür, dass ein weiterer Erweiterungsbau kommt, kann es eine sinnvolle Antwort sein, dass man gerade die Schulplätze schafft, da wir die Kinder sonst einfach in die bestehenden vollen Klassen packen, sozusagen. Das ist keine Absage, dass das langfristig sinnvoll ist, sondern wir sind gerade in einer kompletten Unterversorgung. Das heißt, das ist einfach eine Verteilungsdebatte, und deshalb ist die Debatte um pädagogische Standards, ob ich die hören will oder nicht, legitim, da ich da einfach einen Zielkonflikt habe. Am Ende ist auch die Debatte um Wohn- und Klimastandards legitim, unabhängig davon, ob ich Lust darauf habe oder nicht. Die Priorität Nummer eins muss sein, dass wir eine angemessene Schulplatzversorgung für die Kinder in unserer Stadt haben, denn das ist der gesetzliche Auftrag. Nicht mehr und nicht weniger habe ich gesagt.

Vorsitzende Hendrikje Klein: Herr Gaebler möchte noch etwas hinzufügen.

Senator Christian Gaebler (SenStadt): Nur ergänzend, weil das vorhin vielleicht untergegangen ist: In jedem Fall werden alle Vorkehrungen getroffen, damit PV-Anlagen aufgestellt werden können. Das heißt, die Bauten werden nicht so gemacht, dass das dann nachher nicht mehr funktioniert. Bei den neueren sind wir auch dabei, das selbst zu realisieren. Aber es gibt halt welche, wo die Vorkehrungen getroffen wurden und entsprechend nachgerüstet werden muss, gegebenenfalls aus einem anderen Topf.

Vorsitzende Hendrikje Klein: Ja, Prioritätensetzung im Haushalt. – Ich habe keine Wortmeldungen mehr – doch, Herr Otto! Wir haben noch einiges vor uns.

Andreas Otto (GRÜNE): Wir haben das schon so oft diskutiert, in allen möglichen Ausschüssen. Das ist keine freiwillige Sache, ob man da eine PV-Anlage raufschraubt oder nicht. Das ist Teil der Haustechnik, und es gibt das Berliner Energie- und Klimaschutzgesetz, und da steht das drin: Auf allen öffentlichen Gebäuden sind PV-Anlagen zu montieren. Sie kommen ja auch nicht auf die Idee zu sagen: Die Klobecken soll der Bezirk selbst mitbringen, Sie haben dafür kein Geld – das ist so etwas Ähnliches –, sondern das steht im Gesetz. Das haben wir da als Abgeordnetenhaus, als Haushaltsgesetzgeber reingeschrieben. Insofern müssen Sie das umsetzen. – [Zuruf Senator Christian Gaebler: Nein.] – Doch! Das müssen Sie umsetzen. Das ist ein Gesetz, und ich verstehe diese Diskussion nicht. Sie machen es nur teurer, wenn Sie immer sagen, das müssen andere bringen, und die müssen dann wieder Arbeitszeit investieren und so. Das ist ein ganz normaler Teil der Haustechnik und der gehört da raufgeschraubt.

Vorsitzende Hendrikje Klein: Herr Gaebler!

Senator Christian Gaebler (SenStadt): Erstens ist es nicht Teil der Haustechnik, weil der Strom gesondert eingespeist wird, wenn er nicht direkt vor Ort verbraucht wird. Insofern ist es nicht Teil der Haustechnik, und der Bezirk als Träger des Gebäudes muss natürlich die Verpflichtungen erfüllen. Aber wir haben den Auftrag, ein Schulgebäude dorthin zu stellen. – [Zuruf Andreas Otto: Das ist ein Pingpong!] – Nein, das ist kein Pingpong, es ist eine Aufgabenverteilung, und wenn Sie, Herr Otto, in der entsprechenden Verantwortung wären, würden Sie das auch so machen.

Vorsitzende Hendrikje Klein: Seit dem 1. Januar gilt das Landesorganisationsgesetz gesamtstädtische Steuerung. Zuständig für das Thema Schulgebäude ist die SenBJF. Wir wollten dieses Pingpong ja mal lassen. Dort gehört alles hin. – Ich schließe jetzt den Tagesordnungspunkt 4 ab. Vielen herzlichen Dank für die schöne Debatte. – Herr Otto?

Andreas Otto (GRÜNE): Können wir uns vielleicht, weil wir das weiterführen müssen, diese Debatte, darauf verständigen, dass wir zu diesem Tagesordnungspunkt doch ein Wortprotokoll machen?

Vorsitzende Hendrikje Klein: Ja, machen wir gerne.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2217
Das SEZ nicht abreißen!

[0333](#)
StadtWohn(f)
Sport*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Zukunft des sozialen Wohnungsbaus: Wie wird die
Wohnungsbauförderung ausgestaltet?**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0083](#)
StadtWohn

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung (neu)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Bilanz des Senats beim Hochbau im Jahr 2025 und
Ausblick auf das Jahr 2026**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0396](#)
StadtWohn

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2565
**Hitzeschutz und Entsiegelung nach Wiener und
Pariser Vorbild – Berlin muss sich an die Klimakrise
anpassen!**

[0372](#)
StadtWohn(f)
UK*

Vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Stadtquartier am Molkenmarkt: Sachstand zu den
Bebauungsleitlinien und weiterer Fahrplan für ein
lebendiges Quartier mit bezahlbarem Wohnraum**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Bebauungsplan Molkenmarkt – Aktueller Stand und
Ausblick**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0360](#)
StadtWohn

[0386](#)
StadtWohn

Hierzu: Auswertung der Anhörungen vom 30.06.2025 sowie vom 24.11.2025

Vertagt.

Punkt 10 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Bedeutung der „Holzbauoffensive Deutschland“ für
Berlin und Brandenburg**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0093](#)
StadtWohn

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 16.06.2025

Vertagt.

Punkt 11 der Tagesordnung (neu)

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.